

(Minister des Innern Dr. Gradnauer.)

(A) Meine Damen und Herren! Ich brauche nach den Ausführungen meiner beiden Herren Vorredner nicht länger darauf einzugehen, was die Errichtung eines selbständigen Wendenstaates bedeuten würde. Ich brauche auch nicht auszuführen, wie unberechtigt jene Ansprüche der Wenden sind und wie die Wilsonschen Grundsätze, auf die man sich beruft, für derartige Pläne in gar keiner Weise in Anspruch genommen werden können.

(Abg. Hartmann: Sehr richtig!)

Ich will auch nach den Ausführungen der Herren Vorredner darauf verzichten darzulegen, wie für die Wenden selbst eine solche Entwicklung politisch und wirtschaftlich nur zum schwersten Unglück und Verderben ausschlagen müßte. Wir haben jedenfalls alle Veranlassung und lassen darüber keinen Zweifel, daß diese Bestrebungen auf Lostrennung und Selbständigmachung eines Gebietes, das mit Deutschen nicht nur durchsetzt ist, sondern das eine Mehrheit von Deutschen umfaßt, für uns vollständig unannehmbar sind und außer jeder Frage stehen.

Meine Damen und Herren! Ich möchte auch meine Freude darüber aussprechen und meinen Dank dafür sagen, daß sich unter der wendischen Bevölkerung nicht nur einzelne, sondern ich glaube sagen zu dürfen, die übergroße Mehrheit von den Versprechungen, die ihnen ein Barth und Brühl vorgaukeln, nicht haben betören lassen. Die weitesten Kreise der wendischen Bevölkerung haben erfreulicherweise das Gefährliche und Ausichtslose der nationalistischen Bestrebungen erkannt. Sie haben sich an die Seite der deutschen Bevölkerung in der Lausitz gestellt und haben eine Vereinigung sachsentreuer Wenden gegründet. Sie haben sich in einem Aufruf gegen alle Abtrennungsbestrebungen verwahrt und sich auf kulturelle Forderungen beschränkt. Gewiß, auch diese Kreise des wendischen Volksstammes erheben Forderungen und zum Teil weitgehende Forderungen, aber es sind Forderungen, die sich im Rahmen des Möglichen bewegen. Während die Herren Barth und Brühl phantastische Forderungen erheben, wenn man nicht sagen will verbrecherische,

(Abg. Hartmann: Das ist richtiger!)

so muß man der übrigen wendischen Bevölkerung und den sie führenden Kreisen zugestehen, daß sie sich in nüchterner Weise bewegen, daß sie realpolitisch denken und erfüllbare Forderungen ins Auge fassen. Insbesondere spielt auch die Lehrerschaft im wendischen Gebiete eine für unsere Auffassung dankenswerte Rolle. Die Lehrerschaft an den wendischen Schulen hat öffentlich erklärt, daß sie den Weg des Nationalausschusses nicht mitgehen könne. Ich möchte auch erwähnen: auch die

Lehrerschaft an den wendischen Schulen in der preußischen Lausitz hat geschlossen gegen den Nationalausschuß Stellung genommen und hat die Befugnis dieses Nationalausschusses zur Vertretung wendischer Interessen rundweg abgelehnt. Nicht ganz unbemerkenswert ist es auch, daß die Arbeiter und Soldaten in Gauzen und Hoyerswerda sich gleichfalls der Strömung gegen die Nationalausschüsse angegliedert und erklärt haben, daß sie, wenn es notwendig würde, die Bildung eines selbständigen Wendenstaates mit Gewalt zu verhindern bereit wären.

Meine Damen und Herren! Die sächsische Regierung hat dieser Angelegenheit, wie sich das versteht, ihre Aufmerksamkeit andauernd zugewendet. Sie hat die Wünsche und Beschwerden der wendischen Bevölkerung mit willigem Ohre aufgenommen. Es hat im Laufe der letzten Monate eine ganze Reihe von Besprechungen insbesondere über die Kirchen- und Schulforderungen stattgefunden. Die Regierung hat sich bei diesen Besprechungen durchaus bereit erklärt, sich den Forderungen des sachsentreuen Wendenausschusses vorurteilslos und entgegenkommend gegenüberzustellen. Ich habe auch allen Anlaß auszusprechen, daß nicht minder die preußische Regierung gewillt ist, den auf preußischem Gebiete lebenden Wenden dasselbe Entgegenkommen zu bezeigen. Ich glaube, noch weiter gehen zu dürfen. Ich glaube, es wird sich auch darüber wohl sprechen lassen, ob und wie für die preußischen und sächsischen Wenden gleichartige und gemeinsame Bestimmungen zu treffen sind, die dem Gemeinschaftsgefühl des wendischen Volkes entsprechen.

Die sächsische Regierung ist also vollauf gewillt, der wendischen Bevölkerung weitgehenden Schutz zuteil werden zu lassen für ihre Muttersprache, für ihre Schuleinrichtungen, für ihre Religionsfreiheit, für ihre Gleichberechtigung auf allen Gebieten des Lebens.

Über die Schulfragen wird der Herr Minister Buch noch besonders sprechen. Ich meinerseits will schon jetzt betonen, daß die in manchen Kreisen der Wenden laut gewordene Meinung, die Regierung stelle sich in diesen Fragen auf einen ablehnenden Standpunkt, durchaus irrtümlich ist. Wir sind der Meinung, daß eine sprachliche und völkische Minderheit nicht deshalb, weil sie eine Minderheit ist, benachteiligt werden solle.

(Sehr richtig! rechts.)

Wir wollen dieser Minderheit weites Entgegenkommen zeigen. Wir wollen auch nicht kleinlich sein und nicht wegen unbedeutender Kosten, die hier und da erwachsen könnten, an sich berechnigte Wünsche unerfüllt lassen. Aber mit derselben Bestimmtheit, mit der wir für die Minderheit eintreten wollen, müssen wir uns auf das entschiedenste